nr. 2 – april/mai 2017

ecke müllerstraße

Seite 3: Workshop Verkehrskonzept Brüsseler Kiez Seite 4/5: mensch.müller neu gewählt
Seite 6/7: Bodenpreise gehen durch die Decke Seite 9: Elise-und-Otto-Hampel-Platz ohne Alkohol

Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 1. Mai 2017. Unsere letzte Rätselecke zeigte ein Schmuckrelief über dem Eingang der Türkenstraße 10. Viele Einsender wussten die Lösung. Gewinner ist diesmal Vincent Tirpiz. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Tag der Städtebauförderung

Zahlreiche Rundgänge und Führungen am 13. Mai

Am Samstag, dem 13. Mai wird in ganz Deutschland wieder der »Tag der Städtebauförderung« begangen. Allein in Berlin kann man sich an 45 Orten über den Stand aktueller Projekte der Stadtentwicklung informieren. So findet zum Beispiel zwischen 11 und 13 Uhr im Aktiven Zentrum Müllerstraße ein Rundgang durch das Gebiet statt, bei dem man von den Stadtplanern über die wichtigsten Projekte informiert wird. Treffpunkt ist Ecke Müller- und Lindower Straße. Zwischen 15 und 17 Uhr kann man zudem – geführt von den Architekten – einen Rundgang durch das Haus der Jugend und durch das Familienzentrum am Nauener Platz machen, die vom 10. Juli 2017 bis zum Frühsommer 2020 mit Städtebaumitteln grundlegend saniert werden und deshalb demnächst in die Liebenwalder Straße 2–3 umziehen.

Um 16 Uhr beginnt ein Rundgang durch den Sportpark Poststadion, der in den vergangenen Jahren aus Städtebaumitteln saniert wurde, Treffpunkt ist die Kulturfabrik Lehrter Straße 35. Wer sich für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt interessiert, kann dort um 14 Uhr am Rundgang teilnehmen, er startet am Märkischen Museum und informiert vor allem über den geplanten Spreeuferweg. Für diese Rundgänge ist keine Anmeldung erforderlich: Einfach rechtzeitig am Treffpunkt erscheinen! Um vorherige Anmeldung wird dagegen bei Rundgängen durch das Aktive Zentrum Turmstraße gebeten, die am Rathaus Tiergarten um 11 Uhr beginnen: Für die Tour des Geschäftsstraßenmanagements unter gsm@turmstrasse.de und für die des Aktiven Zentrums unter turmstrasse@kosp.berlin.de.
Anmelden (unter kma@kosp-berlin.de) sollte man sich auch für den Rundgang durch das Fördergebiet Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt, der um 14.30 Uhr am Kino International beginnt. Hier hat auch Bausenatorin Lompscher ihre Teilnahme angekündigt. *cs*

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz
Dienstag, 16. Mai 2017, 17 Uhr, Schiller-Bibliothek, Versammlungsraum

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft
Mittwoch, 3. Mai, 7.30 Uhr, Ort: bitte erfragen unter Telefon (030) 88 59 14 36, www.planergemeinschaft.de

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller
An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

Sprechstunde der Stadtteilvertretung
Jeden Montag 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

ecke im Netz
Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

Die nächste Ausgabe
erscheint Mitte Mai.

Das Titelbild dieser Ausgabe
zeigt die Bauarbeiten am künftigen Elise-und-Otto-Hampel-Platz neben dem Rathaus Wedding

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Nicht nur Verkehrsberuhigung

Workshop zum Verkehrs- und Freiraumkonzept Brüsseler Kiez

In der zweiten Maiwoche wird ein öffentlicher Workshop zum »Verkehrs- und Freiraumkonzept Nebenstraßen« stattfinden. Der genaue Termin wird rechtzeitig bekannt gemacht.
In dessen Vorfeld sind die Planer am 5. April schon gemeinsam mit der Stadtteilvertretung mensch.müller, der Bürgerinitiative Brüsseler Kiez und vielen Anwohnerinnen und Anwohnern durch den Brüsseler Kiez gegangen und haben dabei die Probleme aufgenommen, die sich vor Ort konkret stellen. Die Schleichverkehre zum Beispiel, die mit den Staus an der Kreuzung von See- und Müllerstraße regelmäßig anschwellen und das Wohngebiet stark belasten. Die Verkehrssicherheit für Kinder, die teils auch in größeren Gruppen mit ihrer Kita unterwegs sind, um beispielsweise zum Spielplatz auf dem Zeppelinplatz zu gelangen, oder die Barrieren, die sich für jene auftun, die auf Rollstuhl oder Gehhilfe angewiesen sind. Es ging aber auch um die Freiraumpotenziale, die der Brüsseler Kiez insbesondere durch die beiden Promenaden der Antwerpener und Lütticher Straße mit ihren begrünten Mittelstreifen bietet: Sie könnten zu sogenannten »zielgruppenorientierten Bewegungsräumen« entwickelt werden, in denen spezielle Spiel- und Bewegungsanreize nicht nur für Kinder und Jugendliche gesetzt werden sollen.

Parkraumbewirtschaftung bahnt sich an

Ein besonderes Problem im Kiez ist der ruhende Verkehr. Fast an jeder Kreuzung konnte man beim Rundgang zugeparkte Übergänge beobachten: Fußgänger, insbesondere körperlich kleine, waren dann für die Verkehrsteilnehmer auf der Fahrbahn kaum zu erkennen, das Gefahrenpotenzial für sie entsprechend hoch. Auffallend war zudem die ungleiche Auslastung der vorhandenen Parkplätze. Der Rundgang begann um 17 Uhr an der Ecke von Genter und Limburger Straße, auf dem Wochenmarkt an der Genter Straße waren die Händler gerade dabei, ihre Stände abzubauen. In der Nähe der Müllerstraße fanden sich praktisch keine freien Parkplätze, je weiter man sich von ihr wegbewegte, desto entspannter stellte sich

die Situation dar: An der Lütticher Straße waren gegen 18 Uhr jede Menge Parkmöglichkeiten vorhanden. Tagsüber sei auch hier alles zugeparkt, berichteten die Anwohner, vor allem wenn in der Beuth-Hochschule das Semester angelaufen sei. Für die Planer ist das ein starkes Argument für die Parkraumbewirtschaftung: Parkraum für die Anwohner ist im Grunde genug vorhanden, problematisch wird die Situation erst durch die Pendler, die tagsüber im Gebiet arbeiten oder studieren. Eine Parkraumbewirtschaftung würde sie dazu anhalten, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, was nicht nur den ruhenden Verkehr im Kiez entspannt, sondern auch die allgemeine Verkehrsbelastung des Berliner Straßennetzes reduziert. Im Senat will man ja deshalb die Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt deutlich ausweiten. Auch im Bezirk Mitte ist man inzwischen, so bestätigten die Planer, ihr gegenüber wesentlich aufgeschlossener als noch in der letzten Legislaturperiode. Damals hatte die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung im Bezirk abgelehnt.

Obwohl der Rundgang mit über 50 Teilnehmern sehr gut besucht war, protestierte kein Einziger gegen mögliche Parkplatzverluste, wenn entsprechende Vorschläge gemacht wurden. Dass Parkplätze abgebaut werden müssen, schien geradezu Konsens zu sein. Das ist sehr bemerkenswert, denn ansonsten ist bei ähnlichen Anlässen eigentlich immer auch eine entschiedene Ablehnung gegen jegliche Umverteilung von Parkplatzflächen zu vernehmen. Es scheint gerade ein Stimmungswandel im Gang zu sein.

Völlig zugeparkt ist die Genter Straße oft während des Wochenmarktes am Mittwoch und Samstag.

Umsetzung zumeist noch ungewiss

Konkrete Lösungsvorschläge sollen jetzt auf einem Planungsworkshop erarbeitet werden. Bis zur Drucklegung dieser Ausgabe war noch nicht klar, wann und wo dieer genau stattfinden soll: An einem Wochentag in der zweiten Maiwoche zwischen 17 und etwa 20 Uhr, so hieß es, und dass der Termin im Kiez plakatiert werde. Natürlich wurden beim Rundgang auch schon konkrete Vorschläge vorgebracht: Sperrungen von einzelnen Straßen etwa, um Schleichverkehre zu verhindern. Darüber diskutiert werden soll aber erst auf dem Workshop.
Eine ganz andere Frage ist die Umsetzung der von den Planern am Ende vorgeschlagenen Maßnahmen. Kurzfristig über das Aktive Zentrum Müllerstraße können vor allem Eingriffe im Sanierungsgebiet finanziert werden, also vor allem im Bereich der Genter Straße. Außerhalb des Aktiven Zentrums wird die Sache schon schwieriger. Es schadet in der Regel aber nicht, wenn schon abgestimmte Planungen in den Schubladen des Bezirks liegen. Wenn nämlich vom Senat oder vom Bund wieder einmal Investitionsprogramme aufgelegt werden, sind Bezirke mit vollen Schubladen eindeutig im Vorteil. Sie können dann zügig loslegen und Geld ausgeben. Wer erst noch zeitaufwändig planen muss, der zieht dann meistens den Kürzeren. *cs*

mensch.müller – zum Vierten

Stadtteilvertretung des Aktiven Zentrums Müllerstraße neu gewählt

Es gibt viel Bereitschaft im Wedding, sich ehrenamtlich für die Entwicklung des Stadtteils zu engagieren. Das zeigte sich bei der vierten Wahl der Stadtteilvertretung mensch.müller am 23. März im Versammlungssaal des Paul Gerhardt Stiftes.

Denn insgesamt 44 Kandidatinnen und Kandidaten hatten sich im Vorfeld dazu bereit erklärt, in den nächsten Jahren ehrenamtlich in der Bürgervertretung des Aktiven Zentrums Müllerstraße mitzuwirken. Das waren zwar etwas weniger als bei der letzten Wahl im November 2014. Doch unterm Strich hat sich die Bereitschaft zum kommunalpolitischen Engagement sogar eher noch vergrößert.
Denn 2014 waren rund ein Dutzend der damaligen 49 Kandidaten aus einer organisierten linken Gruppe gekommen – und hatte sich schon nach kurzer Zeit wieder zurückgezogen: die Stadtteilvertretung bot ihnen wohl zu wenig revolutionäre Romantik. Diesmal rief die linksradikale Gruppierung »Hände weg von Wedding« von Anfang an zum Boykott der Wahl auf und kündigte Störungen an, ohne freilich die Wahlveranstaltung tatsächlich zu unterbrechen (siehe Seite 5).

Dass die Stadtteilvertretung mensch.müller als parteienunabhängige, demokratische kommunalpolitische Organisationsform wahrgenommen wird, drückte sich nicht nur in der Anwesenheit des Bezirksbürgermeisters Stephan von Dassel und des für Stadtentwicklung zuständigen Bezirksstadtrates Ephraim Gothe aus. Auch viele Bezirksverordnete von Mitte waren auf der Wahlveranstaltung erschienen und erwiesen damit der Stadtteilvertretung ihre Referenz: Für kommunalpolitische Meinungsbildung in Mitte scheinen Stadtteilvertretungen und Quartiersräte inzwischen unverzichtbar geworden zu sein.
In den Kurzvorstellungen der Kandidierenden wurden aber Defizite deutlich. So sind Migrantinnen und Migranten in der Stadtteilvertretung eindeutig unterrepräsentiert. Nicht nur bei mensch.müller, sondern überall, wo es ähnliche Bürgervertretungen gibt – selbst in den Elternvertretungen der Schulen ist das meist so.
Zudem fiel auf, dass viele der neuen Kandidaten angaben, erst seit einigen Jahren im Wedding zu wohnen. Offenbar entwickeln etliche Neuberliner mit der Zeit das Bedürfnis, sich in das Gemeinwesen ihrer neuen Heimat einzubringen. Für Berlin ist es natürlich ein Gewinn, wenn Erfahrungen aus anderen Städten eingebracht werden: Der Kommunalpolitik kann das nur gut tun. Erfreulich ist zudem, das auch viele Kandidaten dezidiert die Vernetzung zu anderen Einrichtungen und Initiativen voranbringen wollen – zum Runden Tisch des Sprengelkiezes und des Leopoldplatzes etwa, zur Bürgerinitiative Brüsseler Kiez, zum Nachbarschaftszentrum im Paul Gerhardt Stift oder zur Bezirksverordnetenversammlung Mitte. Auch damit gewinnt die Stadtteilvertretung insgesamt an Bedeutung und die Stellungnahmen und Wertungen, die sie abgibt, an Glaubhaftigkeit.

Die eigentliche Wahl vollzog sich schnell und unbürokratisch: Die Kandidaten der Stadtteilvertretung wurden offen und im Block gewählt. Die meisten der Anwesenden stimmten dafür. Die Wahlveranstaltung hatte somit eher zeremoniellen Charakter – es ging nicht um eine Auswahl unter vielen Bewerbern, sondern um die Bestätigung der Mitglieder der Stadtteilvertretung vor der Öffentlichkeit.

Im Vorlauf der eigentlichen Wahl hielt der renommierte Historiker Rainer Sandvoß einen Vortrag zu Max-Josef Metzger, der viel Aufmerksamkeit und großen Applaus fand. Die gemeinsame Erinnerung an den von den Nazis hingerichteten Pazifisten, der in der Wildenowstraße gewohnt hatte, verlieh der Veranstaltung einen gewissen historischen Tiefgang und war zugleich ein Appell an die persönliche Verantwortlichkeit jedes Einzelnen vor der Geschichte. *cs*

Nicht alle der 44 Kandidaten der neuen Stadtteilvertretung konnten zur Wahl am 23. März persönlich erscheinen. Gewählt wurden sie trotzdem. Auf dem traditionellen Gruppenfoto fehlen deshalb einige Gesichter.

Kommentar

Alles nur Pseudo-beteiligung?

Auf den Eklat wartete man vergeblich: Die Wahl zur neuen Stadtteilvertretung des Aktiven Zentrum Müllerstraße ging völlig ungestört über die Bühne. Dabei hatte die Gruppierung »Hände weg vom Wedding« zuvor großen Wirbel angekündigt, überall im Kiez systematisch die Wahlaufrufe der Stadtteilvertretung von den Wänden gerissen und statt dessen eigene Plakate geklebt, auf denen sie ankündigte, die Wahlveranstaltung zu stören: Denn die sei »Pseudo-Bürgerbeteiligung« und alles nur eine Farce – letztlich, so die Kurzfassung des ebenso langatmigen wie wunderlichen Statements, würde auch die Stadtteilvertretung nur zur »Gentrifizierung« oder »Aufwertung« beitragen.
Das ist ein bisschen widersprüchlich. Denn einerseits wird damit dem ehrenamtlichen Bürgergremium eine Gestaltungsmacht unterstellt (Gentrifizierung!), die ihr gleichzeitig umgehend wieder abgesprochen wird (Pseudobeteiligung!)
Ja, was denn nun?

Aufklärung darüber erwartete man vergeblich. Besagtes Flugblatt, eng beschriebene vier A4-Seiten,, wurde schüchtern ausgelegt oder den Besuchern in die Hände gedrückt. Etwa zehn schwarz gewandete junge Leute erschienen stumm zur Wahlveranstaltung und verschwanden ebenso wortlos wieder. Dafür mussten 25 Polizisten an diesem Abend vorsorglich Einsatz schieben. Von der Polizei eingesammelt wurde dann aber ausgerechnet ein Journalisten-Kollege der »Berliner Woche«, weil er versehentlich einen Zivilbeamten fotografiert hatte und seinen Presseausweis nicht mit sich führte. Aus dieser misslichen Lage befreite ihn schließlich der Bezirksbürgermeister.

Der Unterhaltungswert angekündigter autonomer Protestaktionen hält sich in Grenzen – originell ist das längst nicht mehr, und die meisten Menschen haben Besseres zu tun, als sich durch ellenlange theoretisierende Traktate zu kämpfen.
Immerhin 44 Weddinger hatten sich zur Wahl gestellt, um sich in den kommenden Jahren ehrenamtlich für ihren Kiez zu engagieren – in erfreulicher Vielfalt: Frauen und Männer, Ältere und Jüngere, solche, die schon länger hier wohnen ebenso wie erst vor kurzem Hierhergezogene, Menschen unterschiedlichster Professionen und nationaler Herkunft.

Die Erfahrung sagt, dass von ihnen nach ein paar Monaten oder Jahren ein fester Kern von vielleicht zehn bis zwanzig Leuten bleiben wird, die sich dann aber auch langfristig engagieren. Das ist völlig normal, in einer schnelllebigen Zeit, in der manche arbeitshalber den Wohnort wechseln müssen, Familien gründen, andere persönliche Verpflichtungen haben oder aus weiteren Gründen die Grenzen ihres persönlichen Zeitbudgets erreichen. Und manche gehen auch, weil sie enttäuscht sind und sich mehr Einfluss erwartet hatten.

Dabei sollte eines klar sein: Eine Stadtteilvertretung ist eben keine Mini-Bezirksverordnetenversammlung. Sie kann keine Beschlüsse fassen, die für die Bezirkspolitik bindend wären. Aber sie kann, wenn sie klug agiert, sehr wohl Einfluss auf die Bezirkspolitik nehmen: wenn sie nämlich tatsächlich als Bindeglied zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Politik agiert und dabei nicht nur Informationen, sondern auch glaubhafte Bewertungen transportiert. Das ist der Sinn und darin liegt die Macht einer Stadtteilvertretung. Dass in der Stadtteilvertretung Müllerstraße auch viele bisherige Mitglieder wieder ehrenamtlich antreten, dürfte ein Beleg dafür sein, dass sie eben keine »Pseudobeteiligung« betreibt und die von ihr angestoßenen Debatten durchaus Wirkung haben – auch wenn nicht alle zum Wunschergebnis führen. *us/cs*

Bildecke

Bodenpreise steigen extrem

Die Bodenpreise in Berlin steigen immer schneller. Nach den aktuellen Werten für den Stichtag 1. Januar 2017, die der Gutachterausschuss für Grundstückwerte in Berlin im März veröffentlichte, haben sie sich in den letzten Jahren auch in den Sanierungsbieten vervielfacht.

Beim Gutachterausschuss werden alle Immobilienverkäufe im Land Berlin erfasst. Die Notare, die solche Verkäufe beglaubigen, reichen Kopien der Kaufverträge an den Ausschuss weiter. Die Experten errechnen dann aus den tatsächlich am Markt erzielten Preisen jährlich erneut die aktuellen Bodenwerte, indem sie den Wert der auf den Grundstücken schon errichteten Gebäude vom Kaufpreis abziehen. Da die Gebäudewerte bei niedriger Inflation kaum steigen – die Neubaupreise für Wohngebäude stiegen nach Angaben des Statistischen Landesamtes 2016 in Berlin nur um durchschnittlich 2,5% – schlagen sich Preissteigerungen auf dem Immobilienmarkt umso drastischer auf die Bodenwerte um: Nicht die Häuser werden teurer, sondern die Grundstücke.
Aus dem im Internet veröffentlichten Bodenrichtwertatlas lassen sich für die Sanierungsgebiete im Mitte folgende Preisentwicklungen für Grund und Boden ablesen:

- Im Mischgebiet des »Aktiven Zentrum Müllerstraße«, also in dessen zentralem Bereich zwischen Leopoldplatz und Seestraße, sind die Bodenwerte im vergangenen Jahr »nur« um 30% gestiegen (auf 1300 Euro/qm) und in den letzten fünf Jahren um 87%. In den Wohngebieten jedoch stieg der Bodenpreis allein im vergangenen Jahr um 71% (auf 1200 Euro/qm) und in den letzten fünf Jahren zusammengenommen sogar um 243% – das ist mehr als eine Verdreifachung.
- Im Aktiven Zentrum Turmstraße stiegen die Bodenwerte im vergangenen Jahr um 60% (auf 1600 Euro/qm), in den vergangenen fünf Jahren haben sie sich fast vervierfacht (plus 281%).
- Im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt verdoppelten sich die Bodenwerte allein im vergangenen Jahr auf 3.200 Euro/qm, in den vergangenen fünf Jahren stiegen sie um mehr als das Sechsfache (plus 540%).

In die Berechnung der Bodenrichtwerte sind nicht nur die Grundstücksverkäufe der jeweiligen Gebiete eingegangen, sondern die aller vergleichbaren Gebiete Berlins. Mit der »städtebaulichen Aufwertung« in den Sanierungsgebieten ist die extreme Bodenpreisentwicklung also definitiv nicht zu begründen. *cs*

(siehe auch Kommentar auf Seite 7)

Die Bodenrichtwerte Berlins der Jahre zwischen 1995 und 2017 sind im Internet unter folgender Adresse abrufbar: http://fbinter.stadt-berlin.de/boris

Neue Ziele für eine sozial verträgliche Stadterneuerung

In ihrem ersten Rundschreiben unter der neuen Senatorin Katrin Lompscher hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen übergeordnete Ziele für eine sozial verträgliche Stadtentwicklung definiert. Die Bezirke sollen diese bei der Konkretisierung von Sanierungszielen in den jeweiligen Sanierungsgebieten beachten.
Solche Konkretisierungen stehen derzeit in den Aktiven Zentren Müller- und Turmstraße sowie im Fördergebiet Luisenstadt an, wo die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) aus der Zeit vor der Festlegung der Sanierungsgebiete im Jahr 2011 überarbeitet werden. Damals hieß die verantwortliche Senatorin für Stadtentwicklung noch Ingeborg Junge-Reyer und offiziell standen in Berlin angeblich 100.000 Wohnungen leer. Diese Wahrnehmung hat sich inzwischen grundlegend geändert und damit auch die Zielsetzung für die Sanierungsgebiete. Jetzt soll auch die Nutzung von Neubaupotentialen für Wohnraum aufgenommen werden. »Dabei steht die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung im Vordergrund«, so heißt es im Rundschreiben. »Die Nutzung der öffentlichen Wohnungsbauförderung durch private Bauherren wird angestrebt.«
Das dürfte in der Praxis nicht einfach umzusetzen sein. Denn diese Förderungen sind zumeist mit der Verpflichtung verbunden, die Miete langfristig niedrig zu halten und der öffentlichen Hand Belegungsrechte für die Wohnungen zuzubilligen. Deshalb sind in der Regel zusätzliche Anreize notwendig, um private Eigentümer zur Kooperation zu bewegen, etwa indem Baurechte erst neu geschaffen werden
In den Sanierungsgebieten bestehen diese aber meist schon, die Verhandlungsmasse ist also entsprechend gering. *cs*

Ch. Eckelt

Wohnungsneubaupotenziale gibt es auch in den Sanierungsgebieten von Mitte, wie hier auf dem Grundstück des Lidl-Marktes an der Müllerstraße neben dem Schillerpark-Center. Solche Parkplätze mit eingeschossigen Leichtbau-Discountern sind in den 2000er Jahren vor allem in Stadtteilen mit niedrigen Grundstückspreisen wie dem Wedding entstanden – aber auch beispielsweise direkt neben dem Hauptbahnhof. Wie könnte man die Eigentümer dazu bewegen, hier Wohnhäuser mit integrierten Handelsflächen zu errichten?

Die Revolte aus der Provinz

Wie Bodenpreise ein krasses Ungleichgewicht widerspiegeln

Ch. Eckelt

In Berlin schießen die Bodenpreise Jahr für Jahr heftiger nach oben. Im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt beispielsweise verdoppelten sie sich allein innerhalb des letzten Jahres, in den letzten fünf Jahren stiegen sie dort auf mehr als das Sechsfache (s. S. 6).
Viele Ökonomen halten diese Entwicklung für bedrohlich und befürchten, dass demnächst eine Immobilienblase platzen könnte. So warnt das Forschungsinstitut Empirica vor einem deutlichen »Rückschlagspotenzial« insbesondere auf dem Markt für Eigentumswohnungen in den größten deutschen Städten. Andere beschwichtigen. Die Investitionsbank Berlin etwa kann Preisblasen allenfalls lokal erkennen: »Werden die Berliner Immobilienpreise jedoch im internationalen Kontext analysiert, so zeigt dieser Vergleich relativ klar, dass Wohnungen in der deutschen Hauptstadt nicht zu teuer sind. Die Berliner Immobilienwirtschaft wird ihre starke Wachstumsphase voraussichtlich weiter fortsetzen«, so prognostizierte sie in ihrem Bericht vom März 2017.

Sie übersieht dabei allerdings, dass uns bei einer Fortsetzung dieser »starken Wachstumsphase« mehr droht als nur eine Bankenkrise. Eine Globalisierung ihrer Mieten können die Berlinerinnen und Berliner nämlich nicht verkraften, deren Einkommen nach wie vor auf dem bescheidenen regionalen Niveau Ostdeutschlands beharren. Ihnen nutzt es ganz und gar nicht, wenn die Vermögen ihrer Hauseigentümer sich Jahr für Jahr weiter aufblähen und mit jedem überteuerten Immobiliengeschäft auch das offizielle Wirtschaftswachstum der Stadt in die Höhe schnellt. Und der Verweis auf den »internationalen Kontext« dürfte dabei auch bei uns lediglich den Ruf nach nationalen Wunderheilern beflügeln, wie er so schmerzlich laut aus anderen Ländern der westlichen Staatengemeinschaft ertönt.
Denn auch in Deutschland spaltet sich die Gesellschaft in ihrer Mitte. Das Vermögen der einen wächst Tag für Tag – auch die Aktienkurse boomen bekanntlich –, das der anderen schrumpft dagegen, weil für Rücklagen Monat für Monat immer weniger übrig bleibt. Selbst bei vielen Grundeigentümern ist das der Fall: Im niederrheinischen Würselen etwa stiegen die Bodenwerte in den vergangenen Jahren keineswegs, sondern stagnierten auf niedrigem Niveau, genau wie im sächsischen Heidenau. In Wirklichkeit verfallen die Preise sogar, denn ohne Grundstücksverkäufe (und an wen soll man sein Eigenheim verkaufen, wenn die jungen Erwachsenen alle wegziehen?), lassen sich eben auch keine Preisbewegungen feststellen, weder nach oben noch nach unten. Auch hierzulande findet eine regionale Spaltung des Besitzbürgertums statt: Während es in den Zentren über die fortwährende Wertsteigerung jubelt, verzweifelt es in der Peripherie über die stetig schrumpfende Altersrücklage. Diese regional krass ungleichgewichtige Entwicklung dürfte auch einer der Hauptgründe für Brexit und Trump darstellen. Oder für PiS in Polen, Le Pen in Frankreich, die SVP in der Schweiz und die »Freiheitlichen« in Österreich.

Auch in Deutschland droht eine Revolte aus der Provinz. Wobei Berlin in Wirklichkeit viel mehr Provinz ist, als die Investitionsbank Berlin wahrhaben will. Berlin ist bekanntlich kein wirtschaftliches Machtzentrum wie Hamburg, München oder Frankfurt am Main und schon gar keine kapitalistische Weltstadt wie London, Los Angeles oder New York. Die hohe Nachfrage insbesondere nach Eigentumswohnungen, aber auch nach Mehrfamilienhäusern wird in der Mieterstadt offensichtlich immer weniger vom eigenen Bürgertum getragen, sondern ständig stärker von auswärtigen Kapitalanlegern, egal ob aus Süddeutschland, Europa oder gar Übersee, die die vergleichsweise immer noch niedrigen Immobilienpreise der Hauptstadt ausnutzen wollen. Wenn jedoch die Blase platzt, werden sie sich ganz schnell wieder zurückziehen – schneller, als sie gekommen sind. Erst dann werden wir wissen, wie die Stadt im internationalen Vergleich tatsächlich dasteht. *Christof Schaffelder*

Leser-Ecke

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über die Umwandlung eines ehemaligen Büro-Plattenbaus in der Köpenicker Straße 55 zu sogenannten »Micro-Apartments« zwischen 25 und 40 qm, die nun zu eher luxuriösen Quadratmeterpreisen zwischen 7000 und 7800 Euro bei weniger luxuriösen Wohnbedingungen verkauft werden. Ähnliche Projekte beobachtet man immer öfter in Berlin. Offenbar haben wir damit einen neuralgischen Punkt getroffen – der Text stieß auf großes Interesse bei der Leserschaft, in sozialen Netzwerken, politischen und Sanierungsgremien und sorgte für lebhafte Diskussionen. Stellvertretend veröffentlichen wir im Folgenden zwei Positionen, die uns erreichten, und eine Antwort der Redaktion.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit großem Interesse lese ich regelmäßig Ihre Stadtteilzeitung, da ich seit 4 Jahren in der Luisenstadt wohne.
Als gebürtiger Ost-Berliner habe ich in den vergangenen 47 Jahren an verschiedensten Orten in der Berliner Innenstadt sowie in Frankfurt Main gelebt und kenne daher unterschiedlichste Wohnsituationen.
Daher eine Anmerkung zum Artikel: »Berliner Betongold: Smarter Wohnen in Micro-Apartments«.
Aus meiner Sicht überschreiten Titel und Inhalt des Artikel sehr stark die Grenze zwischen Journalismus und persönlicher Meinungsäußerung. Bei einer aus Steuermitteln finanzierten Stadtteilzeitung würde ich eine Konzentration auf die journalistischen Fakten zum Thema erwarten. Alternativ wäre eine eindeutige Markierung als »Kommentar« oder ein »Pro/Contra« mit den privaten Ansichten der AutorInnen möglich.
Hier beispielhafte Zitate, die aus meiner Sicht über die journalistische Aufbereitung von Fakten hinausgehen und stattdessen persönliche Spekulationen darstellen, bzw. nicht durch konkrete Angabe von Quellen belegt sind:
»Beim Lesen des Maklerprospekts kann einem schon ziemlich übel werden.«
»Vielleicht für reiche Eltern, die ihrem Sprössling buchstäblich um jeden Preis eine Studentenwohnung in der ach so hippen Metropole besorgen möchten. Dafür könnten sie den Karnickelstall dann auch später vermieten (lassen)«
»Hier will aber nun der Eigentümer etwas Schickeres und Lukrativeres bauen: untenrum Gewerbeeinheiten, obendrüber Luxuslofts.«
Die Wohnungssituation in einer (fast) 4 Millionen Stadt ist schwierig und ein komplexes Thema. Hierzu gibt es unterschiedlichste politische und ideologische Ansichten und Standpunkte aller Beteiligten. Der genannte Artikel ist daher aus meiner Sicht eine Grenzüberschreitung. Solche persönlichen Meinungsäußerungen einer einzelnen Autorin sollten eindeutig mit der »Kommentar«-Überschrift kenntlich gemacht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Markus Butz, Berlin, Engeldamm

Ch. Eckelt

Sehr geehrter Herr Dr. Markus Butz,

an journalistischen Fakten haben wir in diesem Text gewiss nicht gespart. Die von Ihnen vermisste Quellenangabe liefern wir hiermit nach: https://herbert-kohlmeyer.de/kaufen/bezugsfreie-wohnungen Ab diesem Link kommen Sie zu sehr schönen Verkaufsangeboten. Billig ist das alles nicht, aber ja in zentraler Lage, und sollten Sie selbst in Betongold investiert haben oder investieren wollen, dürfte Sie das freuen.
An diesen Fakten würde sich auch nichts ändern, wenn wir »Kommentar« darüberschreiben würden.
Im Übrigen gibt es kein Gesetz, das eine Trennung von Nachricht und Kommentar gebietet. Gäbe es ein solches, müsste die gesamte Presselandschaft sämtlicher Magazine, Zeitschriften und Tageszeitungen von SPIEGEL über taz bis zur BILD verboten werden.
Man nennt das Pressefreiheit. Sie gilt sogar für Medien, die »aus Steuermitteln bezahlt werden«, wie auch ARD und ZDF oder der KiKa, oder ARTE – mal abgesehen davon, dass selbstverständlich auch wir brav unsere Steuern (und den Soli) zahlen.
Aber selbstverständlich können wir künftig ähnliche Beiträge ordentlich kennzeichnen. Etwa mit dem Rubrikentitel: »Vorsicht, dieser Artikel könnte Spurenelemente von Meinung enthalten«.

Freundliche Grüße, Ulrike Steglich

Sehr geehrte Redaktion,

Ich kann Ihre negative Berichterstattung nicht recht nachvollziehen. Allein schon die Berechnungsgrundlage macht stutzig. So verfügen die Wohnungen über deutlich mehr Kubikmeter als Quadratmeter – trotz ihrer Beschränktheit wird auch die Autorin nicht auf dem Fußboden ihrer Wohnung leben. Rechnet man auf Basis einer lichten Deckenhöhe von 2,15 m, so ergibt sich sofort ein völlig anderes Bild. Selbst in der besten Lage (8. Stock) liegt der Kubikmeter-Preis so bei lediglich 3647,62 Euro. Ein Kampfpreis in dieser Lage!
Und hierbei ist der lichte Raum vor dem Fenster noch nicht mitberechnet. Rechnen wir bei einer Allee-Lage wie der Köpenicker Straße mit einem Gebäudeabstand von 20 Metern, so ergibt sich ein Blickraum von 20 x 100 x 4000 m = 8.000.000 Kubikmetern (Straßenbreite x Blickhöhe x Blickbreite rechts und links). Addiert mit den Raum der Apartments, ergibt sich so ein Kubikmeterpreis von nur noch 0,096 Cent!
Und noch ein letzter Zusatz: Rechnen wir den vom Käufer verfügbaren Aufenthaltsraum der Weltmetropole Berlin hinzu (–> Gemeinschaftseigentum, siehe Teilungserklärung), so ergibt sich eine nutzbare Fläche von atemberaubenden 89,1 Milliarden Kubikmetern (Fläche Berlins = 891,8 Quadratkilometer x 100 Meter Blickhöhe).
Diese Wohnungen sind doch geschenkt!

K.D. *(Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt.)*

Ab Sommer »Elise-und-Otto-Hampel-Platz«?

Zwischen Rathaus und Bibliothek soll ein Alkoholverbot gelten

Ch. Eckelt

Der zweite Bauabschnitt hat schon begonnen. Auf dem Platz neben dem Rathaus Wedding wird jetzt auch der Bereich der ehemaligen Limburger Straße umgestaltet, also der Durchgang zwischen Müller- und Genter Straße unmittelbar vor dem Rathaus. Der erste Bauabschnitt, der Bereich vor dem Jobcenter, nähert sich seiner Fertigstellung, im Sommer dürfte es soweit sein. Bei der Eröffnung soll der Platz dann auch offiziell nach dem Weddinger Arbeiterehepaar Elise und Otto Hampel benannt werden, das im Zweiten Weltkrieg selbstgeschriebene Postkarten gegen die Nazis verteilte und deshalb in Plötzensee hingerichtet wurde.

Die Stadtteilvertretung mensch.müller und der zuständige Ausschuss der BVV Mitte hatten schon im Jahr 2014 diese Namensgebung empfohlen. Die gesamte BVV war dem gefolgt. Im vergangenen Jahr hat auch das Bezirksamt einen entsprechenden Beschluss gefasst und auch die BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) als Eigentümerin des Jobcenter-Gebäudes und eines Teils der Platzfläche die Neubenennung beantragt. Nur das Straßen- und Grünflächenamt Mitte (SGA) hatte zuletzt noch opponiert, indem es der BIM am 25. Oktober 2016 mitteilte, eine Benennung der Freifläche entspreche nicht den gesetzlichen Bestimmungen, wie die »Berliner Woche« Ende Februar aufdeckte. Die inzwischen auch für das SGA zuständige Stadträtin Sabine Weißler (Bündnis90/Grüne) sieht das allerdings anders und kündigte auf Anfrage der Stadtteilvertretung die Benennung für den Sommer an.

Für den künftigen Elise-und-Otto-Hampel-Platz wird ein Alkoholverbot diskutiert. Eine entsprechende Platzordnung wird derzeit zwischen drei Verfügungsberechtigten ausgehandelt – neben der BIM sind das das Amt für Weiterbildung und Kultur sowie das Straßen- und Grünflächenamt. Auf dem Platz trafen sich in den vergangenen Jahren regelmäßig Grüppchen, die fast den gesamten Tag unter reichlichem Alkoholgenuss die Bänke in Beschlag nahmen. Das sieht das Jobcenter unmittelbar vor seiner Tür natürlich nicht gern. Und auch der geplante »Lesegarten« vor der neuen Schiller-Bibliothek, der ja auch für Kinder und Jugendliche eingerichtet wird, soll nicht zum Treffpunkt der lokalen Trinkerszene werden. Von der Security des Jobcenters könnte ein Alkoholverbot auf Grundlage einer gemeinsamen Platzordnung auch im Lesegarten durchgesetzt werden. Schwieriger ist die rechtliche Lage jedoch auf den Hauptwegen entlang des Rathauses und der Bibliothek. Sie sind als öffentliches Straßenland ausgewiesen, um sie nachts beleuchten zu können, was auf öffentlichen Grünflächen in der Regel nicht zulässig ist. Außerdem werden dann die Kosten nicht vom Bezirk sondern vom Land Berlin getragen. Auf öffentlichem Straßenland ist der Alkoholkonsum in Berlin aber seit 2008 nicht mehr verboten (was der Stadt in den Augen vieler ausländischer Touristen zusätzliche Attraktivität verleiht) – und Ausnahmen sind im Gesetz nicht vorgesehen. Der Job der Security wird jedoch nicht einfacher, wenn es reicht, nach einer Ermahnung mit seiner Bierflasche einfach ein paar Schritte zur Seite zu rücken und dort fröhlich weiter zu machen. Nach Lösungen für das Problem wird noch gesucht. *cs*

Mein Wedding – zum Vierten

Ab 19. Mai wird der Mittelstreifen der Müllerstraße zum vierten Mal für mehrere Wochen zur Open-Air-Galerie. Die StandortGemeinschaft Müllerstraße wird dort wieder großflächige Plakate präsentieren, deren künstlerische Motive zum Thema »Mein Wedding« passen. Eine Jury hat sie unter zahlreichen Einsendungen ausgewählt. Die Aktion wird aus dem Gebietsfonds des Aktiven Zentrums Müllerstraße gefördert. Zur Eröffnungsfeier am 19. Mai um 10 Uhr vor und in der Schiller-Bibliothek sind alle herzlich eingeladen.

Berlin-Wedding: Das Fotobuch

Das Magazin »Der Wedding« ist inzwischen schon legendär. Insgesamt fünf Ausgaben erschienen zwischen 2010 und 2014 und sorgten nicht nur in Fachkreisen für Begeisterung. So erhielt beispielsweise die Ausgabe 04 den Designpreis der Bundesrepublik Deutschland 2012 im Silber. Jetzt haben die Macher ein neues Projekt in Angriff genommen: Am 16. Juni erscheint im Kerber Verlag »Berlin Wedding Das Fotobuch«. Zusammen mit der ebenfalls wegweisenden Fotoagentur »Ostkreuz« ist ein Buch mit 16 Fotoserien entstanden, die den Wedding und seine Menschen auf ganz unterschiedliche Weise erzählen. Das Buch wird im Handel 35 Euro kosten, Vorbesteller unter www.derwedding.de/das-buch zahlen nur 30 Euro.

Mehr Verkehrssicherheit für Fußgänger!

Präventive Polizeiaktion an der Kreuzung See- und Müllerstraße

T. Schnitzler

Mehr als ein Drittel der Berliner Verkehrstoten des Jahres 2016 waren Fußgänger. Mit 21 Opfern sind sie in unserer Stadt die am meisten gefährdete Gruppe der Verkehrsteilnehmer, noch vor den Radfahren (17 Verkehrstote) und den motorisierten Zweiradfahrern (10 Verkehrstote). Die Polizei führt deshalb immer wieder Aktionen durch, um auf die Gefahren hinzuweisen. So zum Beispiel Mitte Februar an der Kreuzung von Müller und der Seestraße.

»Das ist die unfallträchtigste Kreuzung in unserem Abschnitt« erläutert Wulf Dornblut, der Präventionsbeauftragte des in den Osramhöfen beheimateten Polizeiabschnitts 35. »Hier scheppert es ziemlich häufig, zum Glück meist nur mit Blechschäden. Die Überbreite der Seestraße und die Straßenbahn in der Mitte machen sie unübersichtlich und für die Autofahrer schwierig. Die kommen teilweise auch noch direkt von der Stadtautobahn. Die Fußgänger sollten sich hier also besonders in Acht nehmen.« Deshalb war der Abschnitt auch gleich mit 20 Mitarbeitern bei der Präventionsaktion vertreten.
»Uns ging es nicht darum, Bußgelder zu verhängen und haben es deshalb meist auch nur bei Ermahnungen belassen,« erklärt Dornblut. »Obwohl wir in Uniform gut sichtbar dastanden, sind einige trotzdem bei Rot über die Straße gelaufen. Oft beteuerten sie dann, dass sie auf den Verkehr geachtet hätten und auch darauf, Kindern kein schlechtes Vorbild zu geben. Aber das lassen wir natürlich nicht gelten.«
Denn ein Beispiel ist man als Fußgänger nicht nur für Kinder. Auch andere Erwachsene orientieren sich an einem. Zudem: Wer demonstrativ die Regeln missachtet, erschwert es damit den anderen, sich ihrerseits an die Regeln zu halten. Und die dienen im Straßenverkehr nun mal in erster Linie der Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer, also der Fußgänger. Wer glaubt, die Verkehrsregeln ignorieren zu dürfen, der riskiert nicht nur seine eigene Sicherheit, sondern gefährdet damit auch andere, die einem oft ohne groß nachzudenken einfach nacheifern. So kann man zum Beispiel oft beobachten, wie Rotgänger andere Fußgänger regelrecht mit sich ziehen, die dann eben nicht auf den Verkehr achten, etwa weil sie von ihrem Handy abgelenkt sind oder gerade über Kopfhörer Musik hören. »Diese Unsitte greift immer mehr um sich«, so auch Anja Kahrau, Verkehrsicherheitsberaterin des Abschnitts.

Besonders gefährdet im Straßenverkehr sind vor allem Senioren. Fast jeder zweite Unfalltote in Berlin war im vergangenen Jahr über 65 Jahre alt. Und mit der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft steht zu befürchten, dass sich dieser Anteil in Zukunft sogar noch erhöhen wird. Die Polizei reagiert darauf, indem sie ihre Seniorenisicherheitsberatungen intensiviert. »Das nimmt neben unseren Einsätzen in den Schulen immer mehr Raum ein.« Dabei gibt sie auch praktische Tipps wie zum Beispiel Mützen und Schals aus spezieller Wolle zu stricken, in die ein lichtreflektierender Beilauffaden eingearbeitet ist. »Damit wird man im Dunkeln wesentlich besser gesehen, das ist definitiv ein guter Schutz, den wir nur empfehlen können.« Und sie sind übrigens auch tolle Geschenke für die Enkel, deren Schulwege damit sicherer werden. Solche Kleidungsstücke gibt es auch zu kaufen, genauso wie Reflektionssprays für Textilien, die nur im Dunkeln sichtbar werden, aber dann sehr deutlich. Vor allem auch für Radfahrer empfiehlt sie die Polizei.

Sorgen bereitet dem Präventionsteam auch die zunehmende Elektromobilität. Denn Elektromotoren laufen geräuschlos. In Ostasien, wo vor allem Elektro-Motorräder viel weiter verbreitet sind aber auch Elektroautos viel häufiger verkauft werden als hierzulande, steigen die Unfallzahlen mit Fußgängern bereits deutlich an. An der Seestraße dagegen ist bislang vor allem die Geräuschlosigkeit der Straßenbahn auf dem breiten Grünstreifen in der Straßenmitte ein Problem. Gerade die Ampeln der Straßenbahn werden dort von Fußgängern besonders häufig missachtet, vielleicht weil sie fälschlicherweise davon ausgehen, die Tram schon zu hören, weil ja auch in der Straßenbahn selbst deutlich Fahrgeräusche zu vernehmen sind. Schwere Unfälle sind die Folge, auch Verkehrstote hat es an der See- und an der Osloer Straße deshalb schon viel zu viele gegeben.

Auf eine Frage können die Polizisten allerdings keine amtliche Auskunft geben. Ob nämlich im Wedding mit seinem hohen Anteil an internationalen Zuwanderern die Verkehrsregeln besonders häufig missachtet werden. Denn weil schon in Frankreich und Italien, vor allem aber in der Türkei, in Afrika und Asien meist eine grundsätzlich andere Grundeinstellungen zu Verkehrsregeln herrscht, sollte das auf den multikulturellen Wedding doch eigentlich abfärben. »Darüber führt die Polizei keine Statistiken«, meint Dornblut, »deshalb kann ich da nichts Gesichertes sagen. Aus meiner eigenen Erfahrung als einer, der auch in Zivilkleidung viel mit dem Fahrrad unterwegs ist würde ich aber behaupten: Woanders halten sich die Radler viel weniger an die Regeln. Mein Eindruck ist: Radfahrer, die an roten Ampeln anhalten, gibt es im Wedding wesentlich häufiger!« *cs*

Rattenplage auf Spielplätzen

Zeppelin- und Nauener Platz gesperrt – spielten Kinder mit Giftködern?

Man kann schon nicht mehr von Einzelfällen sprechen. Immer häufiger und in immer kürzeren Zeiträumen müssen die Schädlingsbekämpfer auf Weddinger Spielplätzen gegen Ratten ausrücken. Zuletzt auf dem gerade neu gestalteten Spielplatz auf dem Zeppelinplatz: Der wurde am 23. März für ca. vier bis sechs Wochen gesperrt. Nur eine Woche zuvor war der Spielplatz vor dem Haus der Jugend am Nauener Platz für ebenfalls vier bis sechs Wochen geschlossen worden, hier bleibt aber zumindest der hintere Spielplatz für die Öffentlichkeit weiter zugänglich.
Über zunehmenden Rattenbefall auf dem Leoplatzes berichten zudem Anwohner am dortigen Runden Tisch. Zwar war der neue Spielplatz erst in vergangenen November wegen Rattenbekämpfung gesperrt gewesen. Offenbar zogen im Frühling aber neue Ratten in die vorhanden Rattenbauten. Futter gibt es für die Nager genug, weil Unachtsame Essensreste liegen lassen, aber auch weil seltsame Tierfreunde Futter verteilen. So soll zum Beispiel ein Mitbürger sehr früh morgens regelmäßig Getreidekörner auf dem vorderen Leopoldplatz ausstreuen.
Man vermisst allerdings auch eine dem Wedding angemessene Kommunikation des zuständigen Straßen- und Grünflächenamtes. So kündete lediglich ein DIN A4 Papierzettel in einer Klarsichthülle am verschlossenen Zaun des Zeppi: »Dieser Spielplatz muss vorübergehend für eine Schädlingsbekämpfungsmaßname gesperrt werden.« Um »Schädlingsbekämpfungsmaßname« zu verstehen, sind schon gehobene Deutschkenntnisse erforderlich. Und Hintergrundwissen, denn weder von Ratten ist da die Rede, noch von ausliegendem Giftködern. Auch kein Giftzeichen mit Totenkopf wies am Zeppelinplatz auf die Gefahren hin.
Was im November am Leo noch funktionierte und am Nauener Platz über das Platzcafé im Haus der Jugend wohl noch vermittelt werden konnte, scheiterte in den ersten warmen Frühlingstagen auf dem neu gestalteten Spielplatz des Zeppelinplatzes: Die Sperrung wurde ignoriert, die niedrigen Zäune einfach überstiegen. Mitarbeiter des Grünflächenamtes fanden später aufgerissene Köderboxen und über den Spielplatz verstreute Giftköder. Da kann man nur hoffen, dass nichts Schlimmeres passiert ist … *cs*

»Green Urban Lab« an der Ruheplatzstraße

Bundesinstitut fördert gemeinsames himmelbeet- und Amandla-Projekt

An der Ruheplatzstraße wird die Entwicklung eines innovativen Sport- und Gemeinschaftsgartenprojektes immer realistischer. Ein gemeinsam vom interkulturellen Gemeinschaftsgarten himmelbeet, vom Amandla Edu Football e.V. und vom Schul- und Sportamt des Bezirks Mitte getragenes Projekt wird in den nächsten drei Jahren vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Forschungsprogramm »Experimenteller Wohnungs- und Städtebau« (ExWoSt) gefördert.
Auf dem Gelände zwischen Volkshochschule und Musikschule sowie der Schulstraße will der Bezirk eine im Gebiet dringend benötigte Mehrfachsporthalle errichten und der Amandla Edu Football e.V. einen »Safe Hub« aufbauen, ein Fußball-Sozialprojekt, mit dem Kinder und Jugendliche gegen die kriminellen Parallelwelten der Straße abgeschirmt werden sollen. Der von der Oliver-Kahn-Stiftung unterstützte Verein ist bisher vor allem in Südafrika aktiv und will auch hierzulande die integrative Kraft des Fußballs beweisen.

Das stand zunächst einmal im Konflikt zum interkulturellen Gemeinschaftsgartenprojekt himmelbeet, das seit mehreren Jahren in einer Zwischennutzung den größten Teil des Geländes bewirtschaftet. Dank einer sehr konstruktiven Herangehensweise aller Beteiligten wurden diese unterschiedlichen Ansprüche an das Grundstück jedoch nicht gegeneinander ausgespielt, sondern haben sich in einer gemeinsamen Vision gebündelt, die alle drei Vorhaben miteinander verknüpft. Durch die Förderung im Rahmen des ExWoSt-Programmes »Green Urban Labs« kann jetzt ein innovativer Masterplan ausgearbeitet werden. Zur Verfügung stehen in den nächsten drei Jahren insgesamt 150.000 Euro, mit denen die neuen Ansätze einer urbanen Grünentwicklung fortentwickelt werden sollen.
Das Forschungsprogramm ExWoSt ist im Wedding in den letzten Jahren bereits an mehreren Orten zum Einsatz gekommen: So etwa bei der im Jahr 2010 beendeten Neugestaltung der Spielplätze rund um das Haus der Jugend am Nauener Platz, die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass der Bereich um den U-Bahnhof inzwischen nicht mehr als Schwerpunkt des Drogenhandels gelten muss. In der ersten Hälfte der 2000er Jahre wurden mit ExWoSt-Mitteln mehrere Altbauten in der Liebenwalder Straße auf vorbildliche Art saniert und in genossenschaftlicher Verfügung gehalten. Im gesamten Bezirk Mitte wurde aus diesen Mitteln im Jahr 2011 an zahlreichen Spielplätzen die Ausstattung verbessert, wobei über eine »Jugendjury« die Kinder und Jugendlichen aus der Umgebung aktiv beteiligt waren. *cs*

weltring-architekten

Ausbau der Kita Edinburger Straße

Mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Programm Aktive Zentren wird in diesem Jahr die Erweiterung der Kita Edinburger Straße 38 durch einen Anbau gefördert. Die Kapazität der Kita wird damit von 45 auf 60 Kindergartenplätze erhöht. Auch der Außenbereich der Kita wird neu gestaltet. Die Kita Edinburger 38 gehört zu »Kindergärten City«, einem Eigenbetrieb des Landes Berlin, in dem insgesamt 57 Kitas in den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg zusammengefasst sind.

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Tanja Claußnitzer (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierri
w.pichierri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Sabine Schmidt, Walter Frey,
Peter Arndt
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: jeder 1. und 3. Montag im
Monat, 18–20 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Thorsten Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-325 70

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Quartiersmanagement Sparrplatz
Burgsdorfstraße 13 A, 13353 Berlin
(030) 46 60 61 90
qm-sparrplatz@list-gmbh.de
www.sparrplatz-quartier.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete
Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen